MERCATOR

SCIENCE-POLICY FELLOWSHIP-PROGRAMM

POPULISMUS ALS HERAUSFORDERUNG FÜR WISSENSCHAFT UND PRAXIS

ARTHUR BENZ (HG.)

SCIENCE POLICY PAPER 2018

01

IMPRESSUM

Mercator Science-Policy Fellowship-Programm
Herausgeber der Reihe: Tome Sandevski
Redaktion: Andrea Wolf-Dieckmann

Abteilung Forschung und Nachwuchs
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Theodor-W.-Adorno-Platz 1
60323 Frankfurt am Main

Email: science-policy@uni-frankfurt.de
Telefon: +49 69 798 12132

ISSN: 2626-9597
urn:nbn:de:hebis:30:3-478590
Science Policy Paper 1 (2018)

Zitiervorschlag: Benz, Arthur (Hg.) (2018), Populismus als Herausforderung für Wissenschaft und Praxis. Science Policy Paper 1. Frankfurt am Main: Mercator Science-Policy Fellowship-Programm.

STIFTUNG MERCATOR

Rhein-Main Universitäten
Eine strategische Allianz

In der Science Policy Paper-Reihe des Mercator Science-Policy Fellowship-Programms diskutieren Fellows und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Rhein-Main-Universitäten – der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und der Technischen Universität Darmstadt – aktuelle Themen von hoher gesellschaftlicher und politischer Relevanz. Die großen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nicht monokausal erklären. Deswegen vereinen die Science Policy Paper unterschiedliche akademische Disziplinen und Praxisperspektiven. Wie das Fellowship-Programm sollen auch die Science Policy Paper den Perspektivwechsel auf gesellschaftlich relevante Themen ermöglichen.

Grundlage des vorliegenden Science Policy Papers ist ein Workshop zum Thema Populismus, der am 19. Januar 2018 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, moderiert von Herr Professor Arthur Benz (Technische Universität Darmstadt), stattfand. Die hier veröffentlichten Artikel beruhen auf den Beiträgen des Workshops.

INHALTSVERZEICHNIS

Populismus als Herausforderung für Wissenschaft und Praxis - Einleitung
Arthur Benz.....1

Populismus – Ursachen und falsche Antworten
Dirk Jörke.....7

Mobilisierung gegen das Establishment. Zu einem Wesensmerkmal populistischer Strömungen
Michael Edinger.....13

Populismus – eine Nachfrageperspektive
Claudia Landwehr und Nils D. Steiner.....19

Ein Land, zwei Perspektiven? Zum Populismus in Ost- und Westdeutschland
Joachim Klose.....25

Populismus in Ostmitteleuropa und der Verzicht auf Politik
Petra Guasti und Lenka Buštíková.....35

Über die Autorinnen und Autoren.....39

POPULISMUS ALS HERAUSFORDERUNG FÜR WISSENSCHAFT UND PRAXIS - EINLEITUNG

ARTHUR BENZ

In einem bemerkenswerten Artikel, der in der American Political Science Review erschien, bezeichnete der schweizerische Politikwissenschaftler Daniele Caramani Populismus und Technokratie als zwei Entwicklungen, die aktuell die repräsentative Demokratie herausfordern und sie gefährden (Caramani, 2017). Diese wird als effektive und legitime Form der Herrschaft anerkannt, weil in ihr politische Entscheidungen letztlich aus einem Wettbewerb hervorgehen, in dem unterschiedliche Vorstellungen darüber, was das Gemeinwohl bedeutet und wie es zu verwirklichen ist, zur Auswahl stehen. Technokraten behaupten dagegen, diese Fragen aufgrund von fachlichen Kenntnissen und wissenschaftlichen Verfahren beantworten zu können, also als Experten bestimmen zu können, welche Politik dem Gemeinwohl entspricht. Populismus wiederum beruht auf der Annahme, dass sich das Gemeinwohl im Willen eines Volkes äußere, und dass man daher nur diesen Volkswillen unverfälscht, ohne die Verzerrung durch Eliten oder intermediäre Prozesse, bestimmen müsse.

Während Technokratie auf einem Missverständnis von Wissenschaft beruht, liegt dem Populismus ein falsches Verständnis von Demokratie zugrunde. Wissenschaft erzeugt keine Wahrheiten, sondern nur Wahrheitsbehauptungen, die unter dem Vorbehalt einer möglichen Falsifizierung stehen. Demokratie bedeutet nicht Herrschaft des Volkes, sondern Herrschaft unter dem Vorbehalt, dass sie gegenüber dem Volk verantwortet werden kann und von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unterstützt wird. Dass Wissenschaft und Demokratie eng zusammenhängen, darauf haben Karsten Fischer und Peter Strohschneider in überzeugender Weise hingewiesen (Fischer, Strohschneider, 2017). In beiden Bereichen gelten Erkenntnisse und Entscheidungen nur vorläufig als richtig, und auch dies nur, wenn sie der Überprüfung und Kritik ausgesetzt werden und wenn diejenigen, die für sie verantwortlich sind, sie rechtfertigen. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind also nur unter der Bedingung der Revidierbarkeit gültig. Daher können Experten zwar für politische Entscheidungen Wissen und Argumente liefern, aber das politische Entscheiden nicht überflüssig machen. Entscheidungen über politische Angelegenheiten müssen in demokratischen Verfahren legitimiert werden und stehen in der Demokratie selbst unter dem Vorbehalt der Revidierbarkeit.

Populisten berufen sich nicht auf ein absolut gültiges Wissen, aber sie setzen den Volkswillen absolut und behaupten, diesen erkennen zu können. Da-

durch können sie sich als Demokraten, ja sogar als die eigentlichen Demokraten, darstellen, scheint doch Herrschaft nach dem Willen des Volkes die fundamentale Voraussetzung von Demokratie zu sein. Der Schein trügt aber, und in diesem Fall beträchtlich. Das populistische Demokratieverständnis impliziert einen vorgegebenen Willen des Volkes, den es aber nur als Fiktion gibt. Auf diese Fiktion haben im Laufe der Geschichte viele Autokraten ihre Herrschaft gestützt. Die moderne Variante des fiktiven Volkswillens wird in Meinungsumfragen oder Volksabstimmungen erzeugt, die aber lediglich die Einzelwillen der Befragten oder Abstimmenden aggregieren. Die Fiktion besteht dabei in der Gleichsetzung der Mehrheitsmeinung mit dem Volkswillen und dem Gemeinwohl.

Es ist kein Zufall, dass Populisten für direkte Demokratie eintreten, weil sie meinen, damit könne der Volkswille unverfälscht in Herrschaft transformiert werden. Es ist auch kein Zufall, dass sie ihre Rolle vor allem darin sehen, die Probleme und Anliegen des gemeinen Volkes zu artikulieren, während sie sich nicht die Mühe machen, funktionierende Problemlösungen anzubieten. Populisten behaupten, für das Volk zu sprechen bzw. das Volk sprechen zu lassen. Letzteres mag man als Eintreten für direkte Demokratie durchgehen lassen. Doch dass direkte Demokratie des Volkes nur unter ganz bestimmten, selten gegebenen Voraussetzungen funktioniert, wussten schon die Denker der Antike, weshalb sie Demokratie (genauer gesagt die ihnen bekannte direkte Demokratie als Herrschaft von Vielen) als schlechte Regierungsform bewerteten. Sie erkannten, dass diese Herrschaftsform anfällig für die Dominanz weniger ist, die behaupten, für das Volk zu sprechen. Genau dies tun Populisten, und gefährden dadurch die Demokratie.

Populisten fallen mit ihrer Demokratievorstellung hinter das Zeitalter der Aufklärung zurück. Damals verbreitete die politische Philosophie die Erkenntnis, dass eine Monarchie, wenn sich der Regent nicht mehr auf eine durch Religion begründete Gemeinwohlvorstellung berufen kann, keine legitime Herrschaft bedeutet. Seit dieser Zeit wissen wir, dass Gemeinwohl nur in öffentlichen Diskussionen zwischen Menschen gefunden werden kann, die sich wechselseitig als gleichberechtigt und gleichermaßen vernunftbegabt anerkennen. Praktisch funktioniert eine Herrschaft, die auf ein solchermaßen prozedural erzeugtes und – genauso wie wissenschaftliche Wahrheitsansprüche - immer bestreitbares und zu rechtfertigendes Gemeinwohl gerichtet ist, in der Form der repräsentativen Demokratie, die als Idee auch in der

Aufklärung entstand. Repräsentanten des Volkes, die sich in Parteien organisieren, formulieren konkurrierende Gemeinwohlvorstellungen und Vorschläge, wie diese verwirklicht werden können. Die mit Herrschaftsämtern beauftragten Repräsentanten verfügen über die Macht, die von ihnen vertretene Gemeinwohlvorstellung zu verwirklichen, solange sie die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger überzeugen können, dass ihre Entscheidungen dem Gemeinwohl entsprechen. Durch öffentliche Rechtfertigung und Wiederwahl etabliert repräsentative Demokratie Verfahren, die auf die Vorläufigkeit und Revidierbarkeit der Gemeinwohlbehauptungen verweisen, ein Prinzip, das analog für das nach wissenschaftlichen Verfahren generierte Wissen gilt.

Wenn Experten aus der Wissenschaft und aus der Praxis zu einem Dialog über ein Thema zusammenkommen, so stellen sie ihr Wissen zur Diskussion. Wissenschaftliche Erkenntnisse, die von konkreten Sachverhalten oder besonderen Fällen abstrahieren und generalisierbar sein sollen, werden dabei der Prüfung durch Praxiswissen, das die konkrete Wirklichkeit erfasst, ausgesetzt. Letzteres wiederum wird der Reflexion der Wissenschaft unterzogen und damit überprüft. Der Dialog beider Seiten schließt jegliche technokratische Ambition von vornherein aus. Insofern ist er nicht nur für beide Seiten fruchtbar, sondern auch mit einer Demokratie verträglich und ihr förderlich. Das gilt besonders, wenn sich die teilnehmenden Personen über Themen der Gesellschaft und Politik austauschen und wenn sie aus den dafür zuständigen wissenschaftlichen Disziplinen bzw. aus Parlamenten, Ministerien, Verwaltungen und Medien kommen, also in ihrer Arbeit in der einen oder anderen Weise am Gelingen der Demokratie mitwirken.

Die Beiträge, die im Folgenden dokumentiert sind, stammen aus der Sozialwissenschaft und der Praxis. Der Workshop, in dem sie präsentiert und intensiv diskutiert wurden, fand im Rahmen des „Mercator Science-Policy Fellowship–Programms“ statt, das den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis fördert. Während dieses Programm einen bescheidenen und dennoch wertvollen Beitrag leistet, um der Gefahr eines technokratischen Denkens und Handelns zu begegnen, so zielte der Workshop auf die Demokratiegefährdung durch Populismus. Das Thema wurde, wie alle Themen, mit denen sich die Fellows in ihren Gesprächen und Veranstaltungen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern befassen, von Seiten interessierter und sachkundiger Praktiker vorgeschlagen. Seitens der Wissenschaft fand es Resonanz, da zu Demokratie und Populismus an allen drei Rhein-Main-Universitä-

ten geforscht wird.

Die Beiträge aus der Praxis wie aus der Wissenschaft beleuchteten unterschiedliche Aspekte des Themas, und sie stimulierten ausgesprochen spannende Diskussionen. Alle Beteiligten leitete die Motivation, die Demokratie zu stabilisieren, ihre Gefährdungen zu erkennen und nach Wegen zu suchen, um der Herausforderung des Populismus angemessen zu begegnen. „Lösungen" oder Patentrezepte, wie man mit dem Populismus umgehen soll, erbrachte der Workshop nicht. Das konnte er in der begrenzten Zeit auch nicht und dies war auch nicht angestrebt. Einen Beitrag zur Aufklärung über Demokratie und ihren aktuellen Zustand in Deutschland und Europa leistete der Workshop aber allemal. Ihr soll auch die Publikation der nachfolgenden Texte dienen.

Literatur:

Daniele Caramani (2017). Will vs. Reason: The Populist and Technocratic Forms of Political Representation and Their Critique to Party Government; in: *American Political Science Review* 111 (1), S. 54-67.

Karsten Fischer, Peter Strohschneider (2017). Dafür gehn wir meilenweit. Lauft mit beim Marsch für die Wissenschaft! Sich Blasen an den Füßen zu holen ist immer noch besser, als der Dumm- oder Bosheit der Populisten auf den Leim zu gehen; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. April 2017, S. 12.

POPULISMUS – URSACHEN UND FALSCHE ANTWORTEN

DIRK JÖRKE

„Populismus“ ist ein umkämpfter Begriff, der stark normative Konnotationen hat und häufig polemisch verwendet wird; dies mit dem Ziel, den „populistischen“ Gegner als einen „Volksverführer“ zu diskreditieren – oder aber, um sich selbst eine besondere „Volksverbundenheit“ zuzuschreiben. In Deutschland überwiegt die abwertende Begriffsverwendung, die positive Selbstbeschreibung als „Populist“ findet sich selten. Auch in der sozialwissenschaftlichen Literatur ist die negative normative Konnotation vorherrschend. Dies führt in der sozialwissenschaftlichen Praxis zu einem Changieren zwischen wissenschaftlicher Analyse und normativer Polemik, die der Selbstvergewisserung als „gutem Demokraten“ dient, der auf der richtigen Seite steht.

Der Begriff des Populismus löst affektive Reaktionen aus. Eine gleichsam nüchterne Verwendung des Begriffs scheint fast unmöglich zu sein. Dennoch besitzt er einen analytischen Mehrwert, den man nicht verschenken sollte. Denn er kann dabei helfen, ein Phänomen zu beschreiben, das aus der Realität moderner Demokratien nicht mehr wegzudenken ist und das auf Legitimationsprobleme der Demokratie verweist. Populismus ist nicht nur selbst ein normatives Problem, sondern auch ein Problemindikator.

Populismus ist durch eine *dünne Ideologie* gekennzeichnet. Im Unterschied zu den politischen Ideologien des Sozialismus, Liberalismus und Konservatismus besitzt er per se keine politische Programmatik; er artikuliert kein spezifisches politisches Projekt. Er stellt vielmehr eine bestimmte *Form* der Auseinandersetzung dar, die auf eine dualistische Strukturierung des politischen Raums abzielt. Aus diesem Grund muss Populismus in der Praxis mit programmatischen Inhalten angereichert werden, um als politische Kraft identifizierbar zu sein und Unterstützung zu finden. Diese Inhalte sind immer kulturell geprägt, kontextuell variabel und sie können nahezu allen Seiten des politischen Spektrums entstammen, d.h. es kann einen Links-, Rechts- und auch einen Populismus der Mitte geben. In Europa ist gegenwärtig freilich der Rechtspopulismus auf dem Vormarsch.

Der Populismus strukturiert den politischen Raum *dualistisch*. Populisten berufen sich auf „das einfache Volk“ bzw. den „common sense“ der „ordinary people“ und inszenieren sich als deren Sprachrohr. Zugleich grenzen sie sich polemisch gegen „die Elite“ bzw. „das Establishment“ ab. Die Unterscheidung zwischen Volk und Elite wird im Populismus *moralistisch* aufgeladen und mit einer Bedrohungsrhetorik versehen. Die Kernbotschaft lautet: Die böse Elite bedroht das gute Volk. Populistische Politiker und Parteien insze-

nieren sich als Sprachrohr des guten Volks und sie sagen der Elite symbolisch den Kampf an.

Dieser „Kampf" richtet sich auch gegen die intermediären Institutionen der repräsentativen Demokratie, vor allem gegen die Parteien und die Medien. Rhetorisch setzen sich populistische Akteure häufig für eine unmittelbare Beteiligung des Demos ein, praktisch weisen sie dieselben, zumeist sogar verstärkt, elitären Züge politischer Führung auf, die sie den etablierten politischen Kräften vorwerfen. Aus diesem Grunde ist der Populismus durch eine *Spannung* zwischen der Forderung nach direkten Formen der Demokratie auf der einen Seite und der Bedeutsamkeit charismatischer Politiker, hierarchischer Organisationsstrukturen und der Missachtung demokratischer Verfahren auf der anderen Seite gekennzeichnet. Eine Spannung, die populistische Politiker häufig durch ihre Berufung auf plebiszitäre Legitimität aufzulösen trachten.

Für den *Rechtspopulismus*, der gegenwärtig in West- und Osteuropa vorherrschend ist, sind zudem ein antipluralistisches Verständnis von Demokratie und ein starker kultureller oder ethnischer Nationalismus charakteristisch. Letzterer führt dazu, dass der Übergang vom Rechtspopulismus hin zum Rechtsradikalismus in der politischen Wirklichkeit fließend ist. Aus einem Populismus *in* der Demokratie kann ein Populismus *gegen* die Demokratie werden.

Die Ursachen für den Aufstieg des Populismus sind vielgestaltig. Von Bedeutung sind vor allem die fortlaufende Modernisierung der Gesellschaft samt der damit verbundenen Individualisierungs-, Differenzierungs- und Fragmentierungstendenzen; die politische, kulturelle und ökonomische Globalisierung, insbesondere die Steigerung der Interdependenz der Nationalstaaten, die auf die nationalen Kulturen und die hergebrachten Lebensformen umgestaltend einwirkt; die Erosion medialer Filter der politischen Willensbildung durch neue Medien; die Erschöpfung eines im weiten Sinne sozialdemokratischen Verteilungsmodells, das den Kapitalismus auch für abhängig Beschäftigte akzeptabel machte; und schließlich die Zunahme bürgerferner Politik, etwa durch das Anwachsen undurchsichtiger Verhandlungsregime jenseits der nationalen Öffentlichkeit und der Praxis der etablierten Parteien, den politischen „Markt" wie in einem Kartell unter sich aufzuteilen – und in den großen politischen Fragen einer Meinung zu sein.

Zudem ist es in den vergangenen Jahren zu einer kosmopolitischen Über-

dehnung gekommen, die weniger demokratisch als liberal gewesen ist. Sowohl der ökonomische, als auch der politische und nicht zuletzt der kulturelle Kosmopolitismus haben in den vergangenen beiden Jahrzehnten die westlichen Demokratien rapide verändert. Diese Veränderung ist auch das Ergebnis nicht intendierten sozialen Wandels, aber in großen Teilen ist sie durch politische Entscheidungen bewusst herbeigeführt worden. Wie auch immer man diese Veränderungen bewerten mag, konzedieren muss man wohl: ein beträchtlicher Teil der Bürger und Bürgerinnen lehnt sie ab. Für politische Ordnungen, die sich als Demokratien beschreiben, muss das zum Problem werden.

Die vorherrschende liberal-deliberative Demokratietheorie begegnet dem Populismus bloß ablehnend und bestätigt ihn damit, und zwar indem sie die populistische Politik als unterkomplex, unsachlich und irrational denunziert und ihr ein Politikmodell entgegenstellt, das sehr weit von den tatsächlichen politischen Praktiken entfernt ist und sich dadurch als Ideologie entlarvt.

Das liberal-deliberative Politikmodell geht mit zwei Annahmen einher, die verstärkt als Fiktionen bewusst werden. Die erste Annahme ist die Fiktion der politischen Gleichheit, der zufolge in der Demokratie die Norm politischer Gleichheit nicht nur gelte, sondern auch realisiert sei. Die zweite Annahme ist die Fiktion der politischen Rationalität; sie besagt, dass politische Entscheidungen in der Demokratie vernünftig und sachlich gefällt werden. Beide Annahmen sind offenkundige Fiktionen, die die politische Wirklichkeit in westlichen Demokratien sehr verzerrt darstellen. Gleichwohl bilden sie das Fundament der vorherrschenden Theorie der Demokratie.

Vor diesem Hintergrund deutet die liberal-deliberative Demokratietheorie den Populismus als unterkomplex und freiheitsgefährdend. Sie lässt sich geradezu als Antithese zum Populismus verstehen und viele Beiträge zum Populismus sind von ihr inspiriert. Infolge ihrer liberal-deliberativen Prägung bleiben die meisten wissenschaftlichen wie auch politisch motivierten Auseinandersetzungen bei einer moralischen Verurteilung stehen, sie tragen wenig zum Verständnis des Phänomens bei und machen sich selbst angreifbar. Denn ihre moralische Ausgrenzung des Populismus nach dem Motto „spiel nicht mit den Schmuddelkindern“ bestätigt und intensiviert den Populismus – vor allem, da diese Ausgrenzung selbst als eine sachliche und vernünftige maskiert wird.

Damit wird zum einen die populistische gut/böse Unterscheidung reprodu-

ziert; hier die guten Demokraten, dort die bösen Populisten; insofern ist der gegenwärtig vorherrschenden Demokratietheorie, aber auch der medialen Auseinandersetzung mit dem Populismus selbst, ein populistischer Zug eingeschrieben. Zum anderen werden dadurch populistische Reaktionsweisen zusätzlich verstärkt. Wenn man sich unter Bezug auf demokratische Werte in die Schmuddelecke gestellt sieht, als undemokratisch, schlecht, irrational, unsachlich usw. beschrieben wird, dürfte dies den Hass auf die liberale Demokratie und ihre Repräsentanten eher verstärken.

Der Kern der Demokratie besteht darin, dass die Herrschaftsunterworfenen der Herrschaftsausübung – wie auch immer vermittelt – zustimmen, und zwar nicht nur potentiell, sondern tatsächlich, und sei es durch die Wahl einer Oppositionspartei. In einem „populistischen Moment" wird diese Form der Zustimmung verweigert. Daher ist es verkürzt, den Populismus lediglich als pathologisch, als einen antimodernistischen Affekt zu denunzieren, wie dies in vielen der jüngeren Veröffentlichungen geschieht. Demgegenüber gilt es, das im Populismus zum Ausdruck kommende Unbehagen an der derzeitigen Demokratie ernst zu nehmen. Er muss mithin als Indikator interpretiert werden, der die nachlassende Integrationskraft der westlichen Demokratie anzeigt. Und er sollte den Eliten als Warnung gelten, die Versprechen der Demokratie wieder ernster zu nehmen.

MOBILISIERUNG GEGEN DAS ESTABLISHMENT. ZU EINEM WESENSMERKMAL POPULISTISCHER STRÖMUNGEN

MICHAEL EDINGER*

* Dieser Beitrag gibt ausschließlich die persönlichen Auffassungen des Verfassers wieder.

Es geht ein Gespenst um in Europa: der Populismus. Je nach Kontext variieren seine Gestalt und gesellschaftliche Unterstützung, weshalb er eigentlich nur im Plural thematisiert werden sollte. Gleichwohl weisen die verschiedenen Populismen gemeinsame, konstitutive Merkmale auf. Eines dieser Wesensmerkmale, die ausgeprägte Elitenfeindlichkeit, steht im Zentrum dieses Kurzbeitrags.[1] Dieser setzt sich zugleich mit den Paradoxien und gängigen Missverständnissen des Populismus auseinander.

Populistische Elitenfeindlichkeit

So verschieden die Erscheinungsformen des Populismus sein mögen, er ist immer auf die Eliten bezogen. Diese sind Feindbild, Zielobjekt und Triebfeder populistischer Strömungen zugleich. Ohne die Kampfansage an sie bzw. das sogenannte Establishment ist Populismus als gesellschaftliche und politische Kraft kaum vorstellbar. Hier ist seine erste Paradoxie auszumachen: Wiewohl der Populismus immerzu auf das Volk referiert, bedarf er zu seiner Legitimation und insbesondere zur Mobilisierung vor allem der Eliten und ihres vermeintlich oder tatsächlich kritikwürdigen Handelns.

Am Anfang der populistischen Elitenfeindschaft steht die (bewusste) begriffliche Unschärfe. Was mit „*der* Elite“ oder „*dem* Establishment“ konkret gemeint ist, anhand welcher Kriterien sich die Zugehörigkeit bemisst – all dies bleibt vage. Diese Vagheit in der Bestimmung des „Gegners“ ist oftmals taktisches Kalkül. Indem die Zuschreibungen zur Elite unklar bleiben, lässt sich je nach Bedarf und öffentlicher Diskurslage der Kreis der Etablierten nahezu beliebig weiter oder enger ziehen. Das „Establishment“ ist daher einerseits real und oftmals – als Projektionsfläche für das populistische Ressentiment – personalisiert. Andererseits aber handelt es sich um eine Konstruktion. Personen, Gruppen oder Parteien werden mit dem Etikett „Elite“ bedacht, um ihre Politik zu diskreditieren.

Die Diffamierung der Elite geschieht dabei pauschal und systematisch. Betroffen sind nicht allein politische Führungskräfte, sondern „das Establishment“ in unterschiedlichen gesellschaftlichen Sektoren wie den Medien, der

[1] In enger Verbindung damit steht ein zweites, gewissermaßen namensgebendes Merkmal der Populismen: der Rekurs auf das „einfache Volk“. Ein drittes Charakteristikum ist der absolute Wahrheitsanspruch, der dem demokratischen Pluralismus der Interessen und Meinungen entgegensteht.

Wirtschaft und der Kultur. Behauptet wird regelmäßig ein fundamentaler Interessengegensatz zwischen „denen da oben“ und „uns hier unten“. Gemäß dieser Dichotomie sind die Eliten wahlweise korrupt, betrügerisch oder inkompetent. Um die „wahren Interessen“ der „einfachen Leute“ kümmern sie sich nicht, sondern verfolgen allein ihre eigenen Agenden und Anliegen. Gegen sie und ihre vermeintliche Abgehobenheit wird die moralische Überlegenheit der einfachen Leute, der „honest people“, in Stellung gebracht.

Die Attraktivität der populistischen Elitenfeindschaft speist sich aus dem anderen Status und den entsprechend unterschiedlichen Lebenswelten von Eliten und Nicht-Eliten. Da Eliten über mehr Ressourcen und Entscheidungsmacht verfügen als andere, privilegiert sind und per definitionem eine Minderheit darstellen, bieten sie ein ebenso einfaches wie sichtbares Angriffsziel. Zudem bestehen vielfältige Ansatzpunkte für eine Mobilisierung, da Eliten regelmäßig unpopuläre Entscheidungen treffen. Freilich bedarf es eines kritischen Maßes an politischer Unzufriedenheit, um eine Mobilisierung erreichen zu können. Insofern knüpft die populistische „Kritik“ immer an vorhandene (empfundene) Missstände an.

Populistische Mobilisierung

Die politische Mobilisierung durch populistische Akteure ist weniger von konkreten inhaltlichen Anliegen getragen als von einer insbesondere kulturellen Abgrenzung gegen die abgelehnten Gruppen und Programme. Die Mobilisierung *gegen* etwas Unliebsames, sei es „das Establishment“, „die Finanzwelt“ oder „die Flüchtlinge“, ist insoweit charakteristisch. Sie weist zwar Übereinstimmungen mit der Mobilisierung durch andere politische Gruppen, aber auch einige Besonderheiten auf.

Dazu gehören eine forcierte Emotionalisierung und Polarisierung. Populisten wollen nicht durch Sachargumente überzeugen, sondern durch Bilder und Erzählungen überwältigen. Schwarz-Weiß-Darstellungen und die dichotome Einteilung der Welt – etwa in die ausbeuterischen Eliten und das einfache Volk – folgen dieser Logik. Gezielte Provokationen und Versuche der Skandalisierung fügen sich in diese Mobilisierungsstrategie ein. Im Drehbuch der populistischen Mobilisierung kommt „den Eliten“ wiederum eine zentrale Rolle zu, da ihre Sichtbarkeit skandalisierende Polemik erleichtert.

Moderne Populismen bedienen sich dabei einer professionellen, vorwiegend

digitalen Kommunikation. Übereinstimmendes Ziel ist es, den aus ihrer Sicht dominanten Diskursen in den sogenannten Mainstream-Medien andere Narrative entgegenzusetzen. Dabei werden Grundregeln der Kommunikation und Diskussion bewusst verletzt. Die Produktion und systematische Verbreitung von „fake news", demokratische Politik diskreditierenden Inhalten und Verschwörungstheorien sind Bestandteil dieser (Gegen-)Narrative. Mit ihnen gehen gezielte Tabubrüche einher, die gleichfalls die Grenzen öffentlicher Diskurse verschieben sollen. Dafür eignen sich soziale Medien in besonderer Weise, lassen sich doch mit diesen schnell, massenhaft und ohne jegliche Qualitätskontrolle Meldungen streuen.

Populistische Mobilisierung ist mitnichten ein Privileg des „populus". Gegen „das Establishment" kann paradoxerweise auch mobilisieren, wer selbst— nach allen gängigen Kriterien— diesem angehört. Faktisch geschieht diese Mobilisierung „von oben" auch fortlaufend. Mehr noch als die Tweets des amtierenden US-Präsidenten illustrieren die Strategien und Praktiken von Regierungsparteien und -politikern wie der österreichischen FPÖ oder des ungarischen Premiers Orbán diese Vorgehensweise. Eine weitere Paradoxie besteht darin, dass populistische Strömungen eine Homogenität des Volks unterstellen, die sie selbst nicht aufweisen. Faktisch spricht für das „einfache Volk" bzw. in seinem Namen ein ganzer Chor von populistischen Stimmen.

Mögliche Missverständnisse

Die populistische Elitenfeindschaft wird in ihrer Wirksamkeit leicht unterschätzt, verschiedentlich auch missverstanden. Zu den gängigen Missverständnissen gehört zunächst die bereits erwähnte Annahme, die Polemik gegen das Establishment könne nicht auch von Mitgliedern dieses Establishments vorgebracht werden. Fälschlich wird auch unterstellt, es handele sich dabei um eine grundsätzliche Infragestellung der Eliten. Populisten sind aber keine Anarchisten, die jedwede politische Herrschaft und Autoritäten verwerflich finden. Rigoros abgelehnt wird lediglich die Elite, die nach eigener Wahrnehmung die Interessen des Volkes ignoriert und verrät, letztlich also die heterogene Gruppe von nicht-populistischen Funktionsträgern. Führungsfiguren aus den eigenen Reihen werden hingegen bereitwillig akzeptiert und erfahren eine mitunter uneingeschränkte Gefolgschaft.

Diese Gefolgschaft bedeutet allerdings nicht – ein weiteres Missverständ-

nis –, dass populistische Strömungen auf eine charismatische Führungsfigur angewiesen sind. Zwar erleichtern Figuren wie Jörg Haider oder Pim Fortyn die Mobilisierung und mediale Wirkung. Die populistischen Narrative, nicht zuletzt die Elitenfeindschaft, stoßen aber auch dort auf Widerhall, wo starke Führungspersönlichkeiten fehlen.

Die typischen Populisten stellen sich – zumindest dem eigenen Selbstverständnis nach – nicht gegen die demokratische Verfassungsordnung oder propagieren gar einen revolutionären Umbruch. Insoweit gilt: Populisten sind (zumeist) keine politischen Extremisten. Dass sie regelmäßig radikale Forderungen stellen, bedeutet keine Ablehnung demokratischer Politik per se. Wohl aber sind populistisches Denken und Handeln nur eingeschränkt kompatibel mit der Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen, Pluralismus und Minderheitenrechten.

Vor diesem Hintergrund wäre es ein Missverständnis, von Populisten ein stringentes Alternativkonzept zur verhassten Berufspolitik in der repräsentativen Demokratie zu erwarten. Als „thin-centered ideology" fehlt es dem Populismus in allen seinen Spielarten an programmatischer Klarheit und Konsistenz. Stattdessen werden politische Positionen an taktischen Bedarfen ausgerichtet, mitunter schlagartig aufgegeben oder verändert. Populisten sind folglich keine Programmatiker, populistische Parteien keine Programmparteien.

Policy Implications

\ *Klare Begrifflichkeit statt Kampfbegriff:* Gerade wegen der Vielgestaltigkeit des Populismus und seiner heterogenen Verwendung ist eine präzise Begriffsbestimmung für den politischen Diskurs unabdingbar. Dabei gilt: Nicht jede Bewegung, die populäre Forderungen stellt, ist auch populistisch. Populismus liegt (nur) dann vor, wenn massive, generalisierte Elitenkritik, der beständige Rekurs auf das „einfache Volk" sowie ein absoluter Wahrheitsanspruch für die eigenen Positionen zusammenfallen.

\ *Populismus steht in einem Spannungsverhältnis zur Demokratie:* Jedwede Form des Populismus – exklusionistische Konzepte, aber auch integrative – bedeutet eine Herausforderung für die Politik. Manche demokratischen Spielregeln werden in Frage gestellt, auch wenn seine Verfechter „echte Demokratie" versprechen. Die von den Populisten ausgehende

Gefahr ist jedoch nicht vorrangig die der aktiven Bekämpfung der Demokratie, sondern die allmähliche Aushöhlung und Auszehrung ihrer Grundlagen. Dies schließt freilich nicht aus, dass von populistischen Strömungen auch positive Impulse für die Politik ausgehen können, wie z.B. eine stärkere Bürgerorientierung.

\ *Populistische Bewegungen sind (auch) eine Chance zur Wiederbelebung der Demokratie:* Indem populistische Strömungen die demokratischen Institutionen und ihre Akteure herausfordern, bieten sie paradoxerweise eine Chance, die Demokratie durch Verlebendigung zu stärken. Dies setzt die Bereitschaft voraus, die Gründe für die Erfolge der Populisten zu erfassen und dem populistischen Diskurs eigene Konzepte entgegenzusetzen. Ziel muss dabei sein, die Politisierung zu nutzen und die oftmals „destruktive" Mobilisierung der Populisten in eine produktive Teilhabe umzuwandeln.

\ *Strategische Antworten – Innovation statt Imitation:* Den Populismen lässt sich weder durch Imitation, d.h. durch das Aufgreifen populistischer Forderungen, noch durch Moralisierung sinnvoll begegnen. Angesprochene gesellschaftliche Probleme müssen vielmehr adressiert werden. Dabei sind gerade neue, innovative Lösungsansätze gefragt, da dadurch Responsivität signalisiert wird.

POPULISMUS – EINE NACHFRAGEPERSPEKTIVE

CLAUDIA LANDWEHR UND NILS D. STEINER

In der öffentlichen Debatte über das Phänomen des Populismus stehen zumeist populistische Kandidaten und Parteien im Mittelpunkt: Donald Trump, Victor Orban oder Marine LePen, die Alternative für Deutschland (AfD), die Lega Nord oder die „Wahren Finnen". Auch die Politikwissenschaft beschäftigt sich mit der Angebotsseite des Populismus: sie klassifiziert Parteien anhand ihrer Programmatik (siehe zum Beispiel Lewandowsky, Giebler et al., 2016) oder analysiert Auftreten und Kommunikationsstrategien populistischer Kandidaten (zum Beispiel Diehl, 2011). Allerdings kann die Geltung der schon in der Ökonomie fragwürdigen Annahme, dass jedes Angebot sich seine Nachfrage selbst schaffe, im politischen Wettbewerb nicht unterstellt werden: der Kampf um Stimmanteile ist ein Nullsummenspiel. Wir argumentieren daher, dass die Herausforderung, die der Populismus für die liberale repräsentative Demokratie darstellt, nur dann vollständig erfasst werden kann, wenn Angebots- und Nachfrageseite gleichermaßen und in ihrer Verbindung in den Blick genommen werden.

Die Verbindung zwischen den Angeboten der Parteien und Kandidaten auf der einen und der in Wahlentscheidungen zum Ausdruck gebrachten Nachfrage der Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite wird nicht nur, aber in erster Linie durch politische Ideen hergestellt. Wo sich diese zu einem zusammenhängenden und kohärenten Netz aus Annahmen und Schlussfolgerungen verdichten, das Erklärungen und Antworten auf verschiedenste politische Fragen bietet, macht es Sinn, von politischen Ideologien zu sprechen. Beispiele für solche politischen Ideologien sind der Liberalismus, der Sozialismus oder auch der Faschismus. Mit der Verwendung eines ideologischen Ansatzes zur Erklärung des Populismus schließen wir uns Mudde und Kaltwasser an, die Populismus in mittlerweile fast klassischer Weise als „dünne Ideologie" definieren, welche die Gesellschaft als in zwei homogene und antagonistische Lager, das „wahre Volk" und die „korrupten Eliten", geteilt betrachtet und argumentiert, dass in der Politik im Sinne Rousseaus der *volonté générale* oder allgemeine Wille des Volkes zum Ausdruck kommen solle (siehe Mudde and Kaltwasser, 2017: 5/6).

Während Mudde und Kaltwasser jedoch davon ausgehen, dass der Populismus als dünne Ideologie, um komplexe politische Fragen umfassend beantworten zu können, immer auf Bestandteile weiterer, ergänzender Ideologien angewiesen und damit weltanschaulich letztlich neutral ist, sehen wir den Populismus zwar nicht als vollständige, aber doch als dickere Ideologie an.

Auch wenn sehr unterschiedliche substantielle Forderungen, etwa nach weniger Zuwanderung oder mehr Umverteilung, mit populistischen Strategien und durch populistische Parteien vertreten werden können, hat der Populismus auf der Verfahrensebene einen harten ideologischen Kern, aus dem sich weitreichende und für die bestehenden liberaldemokratischen Institutionen gefährliche Forderungen nach Reformen ableiten lassen. Wir gehen also davon aus, dass es Elemente einer populistischen Demokratietheorie und ein dezidiert populistisches Demokratieverständnis gibt, das populistische Parteien und Kandidaten mit ihren Wählerinnen und Wählern teilen.

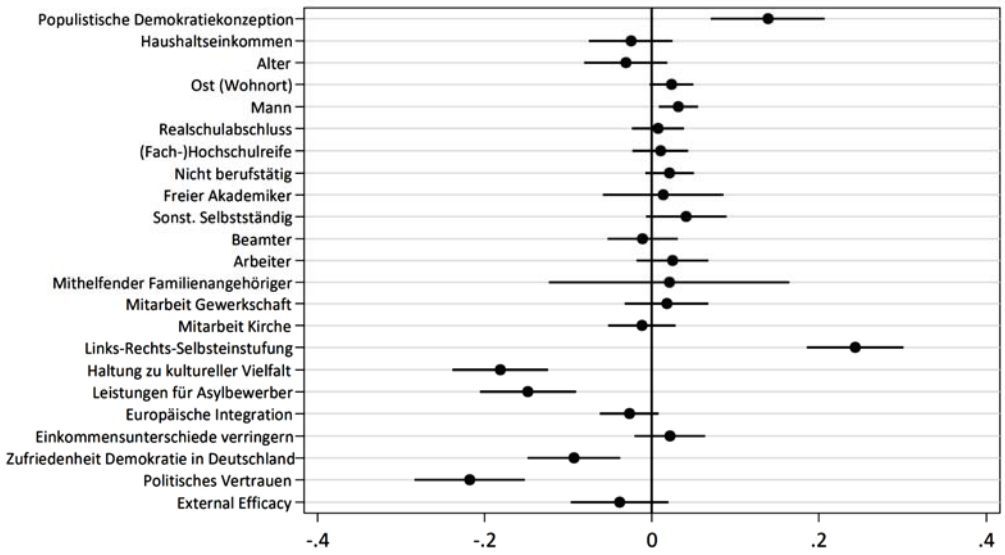
Wir gehen dabei davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger konsolidierter Demokratien auch dann, wenn sie Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit sowie freier und gleicher Wahlen grundsätzlich zustimmen, über umfassendere Vorstellungen von der Demokratie verfügen, die sich mehr oder weniger stark voneinander unterscheiden (siehe Landwehr and Steiner, 2017). Auch wenn diese Demokratiekonzeptionen weniger vollständig und kohärent sein mögen als akademische Demokratietheorien, beinhalten sie doch zusammenhängende Annahmen darüber, was die Demokratie ausmacht und wie sie zu institutionalisieren ist.

Ein spezifisch populistisches Demokratieverständnis, das nach unseren Analysen von einem Teil der deutschen Bürgerinnen und Bürger geteilt wird (Steiner and Landwehr, 2018) ist in unseren Augen durch die Kombination dreier Einstellungsmuster gekennzeichnet: Anti-Pluralismus, Majoritarismus und das Verlangen nach unmittelbarer Herrschaft. Anti-Pluralismus beruht auf der Negation von Kontingenz und Unsicherheit, der Delegitimierung konkurrierender Interessen und der Abwertung und Ausgrenzung von Andersdenkenden: "Wer sich den Populisten nicht anschließt, schließt sich selber aus." (Müller, 2016: 53). Majoritarismus basiert auf dem Glauben an einen Gemeinwillen (volonté générale, s.o.) des „wahren Volkes", der in plebiszitären Entscheidungen zum Ausdruck kommen soll und geht mit der Ablehnung von Minderheitenrechten einher. Das Verlangen nach Unmittelbarkeit der Herrschaft schließlich hat die Fiktion eines imperativen Mandates des Volkes zum Kern. Jede Form der Vermittlung, des Ausgleichs und der kommunikativen Problemlösung wird abgelehnt: das Volk soll direkt herrschen, eine Identität von Herrschern und Beherrschten soll hergestellt werden (siehe auch Caramani, 2017: 54).

Lässt sich der Erfolg populistischer Parteien zumindest teilweise damit er-

klären, dass sie erfolgreich an ein solches, in der Bevölkerung zumindest latent vorhandenes, populistisches Demokratieverständnis appellieren? Abbildung 1 zeigt Ergebnisse einer multivariaten logistischen Regression mit Daten des für Deutschland bevölkerungsrepräsentativen Gesis-Panels.[1] Diese Regression erklärt, ob die Befragten im Sommer 2016 die AfD oder eine der anderen Parteien bei Bundestagswahlen zu wählen beabsichtigten. Als Erklärungsgrößen haben wir eine Reihe an üblicherweise als relevant erachteten Faktoren aufgenommen und zusätzlich ein Maß populistischer Demokratiekonzeptionen berücksichtigt, das auf dem oben skizzierten Verständnis basiert.

Abbildung 1: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahlabsicht, 95% Konfidenzintervalle



Der in der ersten Zeile abgetragene Einfluss populistischer Demokratiekonzeptionen auf die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahlabsicht ist substantiell und signifikant. Demnach ist die Wahl der AfD für eine Person mit einem maximal populistischen Demokratieverständnis gegenüber einer Person, die minimal populistisch eingestellt ist, um 14 Prozentpunkte wahrscheinlicher. Neben populistischen Demokratiekonzeptionen besitzen programmatische Präferenzen (rechte Selbstpositionierung, negative Haltungen zu kultureller

[1] Bosnjak , Dannwolf et al. (2017), GESIS (2017), für Details der Analyse siehe Steiner und Landwehr (2018).

Vielfalt und zu Leistungen für Asylbewerber) und Protest (Unzufriedenheit mit der Demokratie, mangelndes politisches Vertrauen) Erklärungskraft für die Wahl der AfD. Wenn wir zudem die Tatsache ausnutzen, dass die Teilnehmer der Befragung wiederholt befragt wurden, zeigt sich, dass populistische Demokratiekonzeptionen vorhersagen können, welche Befragten später ihre Wahlabsicht in Richtung AfD geändert haben. Diese Befunde sprechen dafür, dass Parteien mit populistischen Botschaften Wähler mobilisieren können, die aufgrund ihrer Demokratievorstellungen für solche Botschaften empfänglich sind.

Auch wenn einschränkend festzuhalten ist, dass sich unsere Analysen nur auf den Fall einer populistischen Partei (der AfD) in Deutschland beziehen und das relative Gewicht der benannten Einflussfaktoren für die Wahl anderer populistischer Parteien und in anderen Ländern anders sein könnte, halten wir populistische Demokratiekonzeptionen für eine entscheidende Variable, die für das Verständnis des Populismus und die Erklärung der Wahl populistischer Parteien zentral ist und in zukünftigen Analysen berücksichtigt werden sollte.

Was folgt hieraus für die Frage nach dem Umgang mit der populistischen Herausforderung? Zum einen wird in Anbetracht der Existenz eines dezidiert populistischen und auch in Deutschland verbreiteten Demokratieverständnisses deutlich, was wir gegen den Populismus verteidigen müssen: einen Pluralismus, der Vielfalt und Differenz nicht nur respektiert, sondern wertschätzt, und die liberale repräsentative Parteiendemokratie mit ihren Verfahren der Inklusion, des Ausgleichs und der Vermittlung zwischen konkurrierenden Interessen und konfligierenden Werten. Zum anderen stellt sich der demokratische Verfahrenskonsens weniger als festes Fundament politischer Entscheidungsprozesse denn als beständig erneuerungsbedürftiges Gerüst dar. Dieses kann durch den Populismus tatsächlich in Gefahr geraten, wenn das Einverständnis, dass kollektive Entscheidungen demokratisch, gemeinsam und unter Einbeziehung wesentlicher Argumente und Informationen getroffen werden, unterminiert wird. Zugleich jedoch ist Verfahrenskritik keineswegs grundsätzlich problematisch, sondern vielmehr essentiell für die Demokratie: unsere demokratischen Entscheidungsverfahren haben Defizite, die benannt werden müssen. Vor diesem Hintergrund ist auch die Vielfalt normativer Demokratiekonzeptionen kein Problem, sondern eine Ressource für Demokratien. Denn sie ist die Grundlage für Prozesse der Meta-Delibera-

tion darüber, wie man entscheiden will. Im Idealfall sollte der Verfahrenskonsens ein Ergebnis solcher diskursiven Prozesse sein, in denen er beständig überprüft und neu gewonnen wird.

Literatur:

Michael Bosnjak, Tanja Dannwolf, Tobias Enderle, Ines Schaurer, Bella Struinskaya, Angela Tanner and Kai W. Weyandt (2017), Establishing an open probability-based mixed-mode panel of the general population in Germany: The GESIS Panel, in: Social Science Computer Review 36(1), S. 103-115.

Danielle Caramani (2017), Will vs. reason: The populist and technocratic forms of political representation and their critique to party government, in: American Political Science Review 111(1), S. 54-67.

Paula Diehl (2011), Die Komplexität des Populismus. Ein Plädoyer für ein mehrdimensionales und graduelles Konzept, in: *Totalitarismus und Demokratie* 8(2), S. 273-292.

GESIS (2017). GESIS Panel - Standard Edition. GESIS Data Archive. Cologne: ZA5665 Data file version 5617.5660.5660, doi:5610.4232/5661.12709.

Claudia Landwehr, Nils D. Steiner (2017), Where Democrats Disagree: Citizens' Normative Conceptions of Democracy, in: *Political Studies* 65(4), S. 786-804.

Marcel Lewandowsky, Heiko Giebler, Aiko Wagner (2016), Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD, in: *Politische Vierteljahresschrift* 57(2), S. 247-275.

Cas Mudde, Cristobal Rovira Kaltwasser (2017), *Populism: A very short introduction*, Oxford University Press.

Jan-Werner Müller (2016). *Was ist Populismus?: ein Essay*, Suhrkamp Verlag.

Nils D. Steiner, Claudia Landwehr (2018), Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD, *Politische Vierteljahresschrift* 59(3), S. 463-491.

EIN LAND, ZWEI PERSPEKTIVEN?
ZUM POPULISMUS IN OST- UND WESTDEUTSCHLAND

JOACHIM KLOSE

Zeitgleich erschienen im Mai 2017 zwei wissenschaftliche Untersuchungen, die die östlichen Bundesländer betreffen und deren unterschiedliche Rezeption in den Medien der Bundesrepublik Deutschland irritierte. Am 16. Mai 2017 stellte das Sozialwissenschaftliche Institut der Evangelischen Kirche Deutschlands ihre neue „Flüchtlingsstudie" (Arndt-Sandrock 2017) vor. Unter der Fragestellung, wie Deutschland auf Flüchtlinge blickt, wurden „Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und April 2017" analysiert. Es zeigt sich, dass in der Gesamtbevölkerung eine breite humanitäre Grundhaltung vorherrscht. Die Stimmungslage ist stabil. Während man aber in den westlichen Bundesländern zuversichtlich ist, ist man in den östlichen eher skeptisch und kritisiert die aktuelle Politik. Unerwartet ist das Ergebnis, dass die Quote der Engagierten im Osten höher liegt als im Westen. Trotz persönlicher Sorgen und zurückhaltender Beurteilung der Gesamtsituation engagieren sich im Osten mehr Menschen in der Flüchtlingskrise als in Regionen, in denen schon eine lange Aufnahmepraxis herrscht und Migranten wohnen, die das Schicksal der Neuankömmlinge teilen. Müsste es sich bei der vermuteten rechtsextremen Grundstimmung mit ihrer anhaltenden Xenophobie in den östlichen Bundesländern nicht genau andersherum verhalten?

Die zweite Untersuchung ist die am 18. Mai 2017 von der Ostbeauftragten der Bundesregierung, Iris Gleicke, vorgestellte Studie (Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer 2017)„Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland – Ursachen und Hintergründe, regionale Kontextfaktoren" (Michelsen u.a. 2017). Im Titel wird der Anspruch erhoben, Einblicke zu gewähren, die ganz Ostdeutschland betreffen, betrachtet wurden aber nur Orte, an denen man Rechtsextremismus vermutete wie Heidenau, Freital und Erfurt-Herrenberg. Ostdeutschland als Ganzes wird hier zur Projektionsfläche und allen Bürgern Verantwortung und kollektive Schuld vorgeworfen. Die Wochenzeitung „Die Zeit" konstatierte, dass, obwohl die Untersuchungen dort gar nicht stattfanden, besonders Dresden betroffen wäre: „Rechtsextremes Gedankengut kann sich […] in Ostdeutschland einfacher durchsetzen" (Die Zeit 2017). „Die Zunahme des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern sei bestürzend und bedrohe den sozialen Frieden" (Dresdner Neue Nachrichten 2017). „Der Rechtsextremismus ist in Ostdeutschland eben doch ein besonders großes Problem – das ist jetzt regierungsamtlich bestätigt", schreibt der Tagesspiegel (Jansen, Meisner 2017). „Speziell in Sachsen führe der ‚defizitäre Demokratisierungsprozess'

dazu, dass sich Bewegungen wie Pegida ausbreiten konnten und sich eine ‚autoritäre, ressentimentgeladene Minderheit zunehmend radikalisiert'." Neben der Infragestellung der Seriosität der Rechtsextremismusstudie – von den 19 Personen, die für Heidenau und Freital interviewt wurden, können sieben dem linken Gesellschaftsspektrum zugerechnet werden, sechs wurden anonymisiert, um sie nicht „potentiell zu gefährden", und fünf existieren gar nicht (Science Files 2017) – entsteht durch die unterschiedliche Rezeption beider Studien der Eindruck, dass einseitige gesellschaftliche Narrative populistisch verstärkt werden.

Haben mangelnde politische Bildung der Ostdeutschen zur Überhöhung des Eigenen und Abwehr des Fremden und die Stärkung der eigenen Identität im Zuge einer weitverbreiteten „fraternalen relativen Deprivation"[1] zu rechtsextremen Haltungen geführt?

Nach 1989 legten in der Bildung Staat und Politik besonderen Wert auf Überparteilichkeit und selbständige Meinungsbildung. Aufgrund der ideologischen Durchdringung der DDR-Gesellschaft war dies die einzige Möglichkeit, die junge Generation den Prägungen des wissenschaftlichen Atheismus zu entziehen. So wurde verhindert, dass politische Bildung von außen in den Schulalltag getragen wurde. Erst gegenwärtig öffnen sich die Schulen den aktuell-gesellschaftlichen Diskursen und wurde im Kultusministerium des Freistaats Sachsen ein Referat „Politische Bildung" (Medienservice Sachen 2017a) eingerichtet (Medienservice Sachsen 2017b).

Die eigentliche Herausforderung in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Unruhe lautet aber nicht, wie die Schulen ihre Bildungsaufgabe wahrnehmen, sondern wie Bürgerinnen und Bürger, die nicht mehr über die klassischen Medien und Bildungsinstitutionen erreicht werden, zum Engagement motiviert werden können. Das Meinungsinstitut Forsa hat schon im Jahr 2012 festgestellt, dass 50 Prozent der Bürger in den östlichen Bundesländern keine Zeitung lesen und 25 Prozent weder Zeitung lesen noch öffentlich-rechtliche Rundfunksendungen empfangen. Jene informieren sich nur durch private Angebote, tauschen individuell Meinungen in sozialen Netzwerken aus und sind mit den staatlichen Medien überhaupt nicht zu erreichen. Auch die Partizipation an Bildungsveranstaltungen stößt hier an eine

[1] „grob umrissen, das Gefühl der Benachteiligung, dass jemand als Mitglied einer Gruppe im Vergleich mit anderen Gruppen empfindet" (Michelsen, Przybilla Voß, Lühmann, Walter 2017).

natürliche Grenze. Der Antagonismus offener Bildungsangebote besteht darin, dass nur diejenigen erreicht werden, die schon gebildet sind, und weniger diejenigen bildungsferner Schichten. Der Ruf nach mehr politischer Bildung und Meinungsbildung in Krisensituationen, wie nach dem Auftauchen der NSU oder Pegida, ist ein Indikator überzogener Erwartungen und populistisch, wenn damit gemeint ist, einfache Antworten auf komplexe Fragestellungen zu haben.

Auch heute noch sind die Ereignisse des Jahres 1989-90 für die Deutschen emotional herausragend. Aber die Bilanz hat sich nach 27 Jahren aus Perspektive der Ostdeutschen trotz blühender Landschaften deutlich verändert. Dies hat etwas mit den DDR-Erfahrungen zu tun, mit falschen Vorstellungen, Verlusten und Ängsten. Es gibt die blühenden Landschaften, aber sie sind ungleich verteilt. Städte wie Jena oder Dresden entwickelten sich rasant, in anderen steht die Zeit still. Während die Zentren wachsen, blutet der ländliche Raum aus. Bahnlinien wurden eingestellt, Betriebe geschlossen und Arztpraxen und Kirchen sind verwaist, dafür eröffneten in der Lausitz Wolfsbüros – „Wir sind Wolfserwartungsland", zitierte der ehemalige Landesbischof der Evangelischen Kirche in Sachsen, Jochen Bohl, die resignierten Bürger (Bohl 2017).

Die jüngere Generation konnte die Chancen nutzen und die Region verlassen, die Älteren profitierten weniger von der Entwicklung. So ist auch deren Zufriedenheit zurückhaltender. Während im Vereinigungsjahr noch drei Viertel der Ostdeutschen die Verhältnisse in der DDR als unerträglich empfanden, haben sich die kritischen Stimmen nach der Jahrtausendwende nahezu halbiert. Gegenwärtig betont eine Mehrzahl der ehemaligen DDR-Bürger die positiven Seiten der DDR.

Wenn Lebensverhältnisse als unsicher oder ungleich empfunden werden, ziehen Menschen Konsequenzen. 1990 wurde die Hälfte der Kinder von 1989 geboren und seit der Öffnung verließen 2,5 Millionen Bürger den Osten. Jetzt fehlen der Wirtschaft qualifizierte Fachkräfte; diese werden auch nicht durch die Zuwanderungswellen der Jahre 2015/16 kompensiert. Erstmals war 2012 das Wanderungssaldo zwischen Ost und West wieder ausgeglichen. Allerdings unterscheiden sich Alterskohorten und Zuwanderungsregionen wesentlich. Obwohl Sachsen innerhalb einer Generationsspanne ein Fünftel seiner Bevölkerung verlor, wuchsen seine Großstädte. Der ländliche Raum schrumpfte umso dramatischer. Im Übrigen verlassen eher gut ausge-

bildete junge Frauen die Region, was sich wiederum auf die Geburtenrate auswirkt und den Effekt in die nächste Generation fortschreibt. Im Landkreis Mittelsachsen beträgt der Männerüberhang bei den 20-30jährigen 16,9 Prozent (Sächsische Staatskanzlei 2017b). Wenn man die Schulabbrecherquote von 8,6 Prozent (Sz-Online 2015) hinzuzieht, stellt sich die Frage, welche Perspektive die jungen Männer haben, die in der Region weder Arbeit noch Partnerin finden werden.

Es ist auffällig, dass sich die Bürger in den östlichen Ländern kaum mit der Politik identifizieren. Während der DDR-Zeit vertraten die sich selbstermächtigenden Politiker nicht die Interessen des Volkes, steuerten wohl aber die gesellschaftlichen Prozesse, so fühlte sich der Einzelne für diese auch nicht verantwortlich. Im Ergebnis ging die Bevölkerung auf Distanz zu den Akteuren und verstand die Elite als Überbau der Gesellschaft, sodass die politischen Milieus sich auflösten. Wer Karriere machen wollte, wurde Mitglied der SED und akzeptierte das kommunistische Weltbild. Die SED wurde allerdings von den Bürgern auch nie als Interessenvertretung, sondern immer als Identitäts- und Machtraum verstanden. So hat der Einzelne politische Macht nie positiv erlebt, sondern nur ihren Missbrauch. Das wirkt sich auch auf die gegenwärtige politische Partizipation aus: 0,7 Prozent der Bevölkerung sind Mitglied einer Partei (Niedermayer 2017) und die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen ging nach einer anfänglichen Euphorie von 72,7 Prozent (1990) auf 49,2 Prozent (2014) zurück.

Zunehmend wird der Elitentausch als ungerecht empfunden. Obwohl unmittelbar nach der Friedlichen Revolution zwingend notwendig, um die DDR-Ideologie zu verdrängen, führte er dazu, dass die ostdeutsche Bevölkerung über lange Zeit mehrheitlich von der Gestaltung der Gesellschaft ausgeschlossen wurde. Die Generation der heute über 50-jährigen bekam keine realistische Chance, nach ihren Begabungen und Möglichkeiten mitzuwirken. Nur 23 Prozent der Ostdeutschen nehmen in Ostdeutschland Führungsaufgaben wahr bei einem Bevölkerungsanteil von 87 Prozent, bundesweit sind es nur 1,7 Prozent bei einem Bevölkerungsanteil von 17 Prozent (Bluhm, Jacobs 2016). Diese Entwicklung führt zur „Etablierung sich selbst perpetuierender westdeutscher Netzwerke in Ostdeutschland" (Decker 2017).

Hinzu kommt, dass die ehemaligen DDR-Bürger die Deutungshoheit über ihre eigene Lebenswirklichkeit verloren haben. DDR-Erfahrungen spielen im gesellschaftlichen Diskurs keine Rolle mehr. Zum Beispiel liegt die Leitung

der Zeitungsverlage zu 91 Prozent in der Hand der Westdeutschen (Bluhm und Jacobs 2016). Sie bestimmen zu einem großen Teil die öffentliche Meinung und die Interpretation gesellschaftlicher Vorgänge. Neben dem Verlust der Deutungshoheit muss vergegenwärtigt werden, dass auch der einfache Bürger an Einfluss im Lebensalltag verlor, denn er verlor seine gesellschaftliche Stellung. Dies betrifft vor allem die Älteren und kommt im Protestwahlverhalten und den PEGIDA-Demonstrationen zum Ausdruck.

Sicher ist das Zeiterleben in der Diktatur sehr verschieden von dem in der Demokratie: Persönliche Entwicklung schnurrte auf eine langanhaltende Gleichförmigkeit zusammen, wodurch die Zukunft vorhersagbar war. Demokratie und soziale Marktwirtschaft besitzen eine große Dynamik, erzeugen starken Zeitdruck und damit Dauerstress. So gibt es Menschen, die sich ins Private zurückziehen wollen. Es macht einen Unterschied, ob man selbst motiviert ist, Defizite zu kompensieren, oder ob man durch die Umstände aufgefordert wird. Um gesellschaftliche Veränderungsprozesse als die eigenen zu akzeptieren, muss man sich mit ihnen identifizieren. So bedarf es neben allen berechtigten Kritiken des Aufzeigens von positiven Perspektiven. Andererseits können Entscheidungen in der Diktatur schnell getroffen und zielstrebig umgesetzt werden, während in der Demokratie der Streit der Meinungen die Prozesse zu lähmen scheint und ausgehandelte Kompromisse immer faule Kompromisse zu sein scheinen. Zur Demokratie gehören das Erlernen einer Streitkultur und das Aushalten anderer Positionen. Die ostdeutsche Gesellschaft tendiert hingegen zu radikalen Positionen und Kompromisslosigkeit.

Gegenwärtig bekennen sich in den ostdeutschen Großstädten mehr als 80 Prozent der Bevölkerung zum Atheismus. Wenn man Religion mehrheitlich für überwunden hielt, fühlt man sich durch das lebendige religiöse Zeugnis, wie es Asylbewerber aus muslimischen Ländern mitbringen, in seiner Abwehrhaltung gegenüber dem Religiösen herausgefordert und durch jede negative Nachricht über den islamistischen Terror in seinen Ressentiments bestätigt. Solange Menschen sich geborgen fühlten, stabile Milieus vorherrschen, eine gemeinsame Narration Sinn stiftet und die eigene Perspektive gesichert ist, und das sich auch in schwierigen wirtschaftlichen Situationen so verhält, dann ist die Gesellschaft für extremistisches Gedankengut wenig anfällig. Wenn aber die eigene Situation instabil zu werden droht, fällt das Versprechen auf neue Bindungen und Zugehörigkeiten in einer politisch-

kulturell entstrukturierten Landschaft auf fruchtbaren Boden. In dieser Situation ist es wichtig, sich seiner Identität zu erinnern und das Selbstbewusstsein der Bürger zu stärken. Nicht die Erinnerung an die eigene Beheimatung stärkt den Rechtsextremismus, sondern die Verstärkung der Entwurzelung.

Die blühenden Landschaften sind aufgrund einer einzigartigen gemeinsamen Leistung wirklich entstanden. Die wirtschaftliche Entwicklung ist auf einem guten Weg, auch wenn die Angleichungsphase Ost-West länger dauert als erwartet. Aber Neid, Zukunftsängste und Ressentiments versetzen gegenwärtig Teile der Gesellschaft in Unruhe. Dies trifft nicht nur auf die neuen Bundesländer zu. Eine Herausforderung ist es, die Basis unseres Zusammenlebens und gesellschaftliche Perspektiven neu zu definieren, um gemeinsam die Zukunft gestalten zu können. Es bedarf erneut der Anstrengung der gesamten Gesellschaft, von Ost und West, der Kirchen und Bildungseinrichtungen, der Jugend und des Alters, um Deutschland zu *einem* Land zusammenwachsen zu lassen. Weltweit wird es längst als Einheit gesehen.

Literatur:

Jasper von Altenbockum (2016). Was ist Rechtsextremismus? : Die enthemmten Wissenschaftler, *Faz.net*, http://www.faz.net/aktuell/politik/harte-bretter/die-leipziger-studie-ueber-rechtsextremismus-die-enthemmten-wissenschaftler-14293455.html. Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

Gabriele Arndt-Sandrock (2017). Neue Flüchtlings-Studie: Humanitäre Grundhaltung in Deutschland weiterhin stabil, *idw – Informationsdienst Wissenschaft*, https://idw-online.de/de/news674739. Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (2017). Studie „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland". (2017), *beauftragte-neue-laender.de*. http://www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Kurzmeldungen/Nachrichten/2017/2017-05-18-rechtsextremismus-studie.html. Zugegriffen: 14. Dezember 2017.

Michael Bluhm und Olaf Jacobs (2016).Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung, *Universität Leipzig*. https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:FQPcVAAakVsJ:https://www.mdr.de/heute-im-osten/wer-

beherrscht-den-osten-studie-100-downloadFile.pdf+&cd=8&hl=de&ct=clnk&gl=de&client=firefox-b-ab. Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

J. Bohl (2017). Vortrag im Rotary Club Dresden Canaletto zum Thema: Dissonante Geschichte.

Markus Decker (2017). Studie: Westdeutsche dominieren die Eliten – sogar in Ostdeutschland, in: *Berliner-Zeitung.de*. https://www.berliner-zeitung.de/28746228. Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (2016). Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland - Die Leipziger „Mitte"-Studien 2016. http://www.uni-leipzig.de/pressedaten/dokumente/dok_20160615154026_34260c0426.pdf. Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

Dresdner Neue Nachrichten (2017). Freital und Heidenau untersucht: Sächsische Union attackiert Ostbeauftragte wegen Extremismusstudie. (2017). Dnn.de. http://www.dnn.de/Region/Mitteldeutschland/Saechsische-Union-attackiert-Ostbeauftragte-wegen-Extremismusstudie. Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

Frank Jansen, Matthias Meisner (2017). Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Und immer wieder Sachsen, in: Tagesspiegel.de. http://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus-in-ostdeutschland-und-immer-wieder-sachsen/19817654.html. Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

Anika Kreller (2016). Rechtsextremismus-Studie: Ein großer Teil der Deutschen hegt ausländerfeindliche Gedanken*, in: Zeit.de. http://www.zeit.de/2016/28/rechtsextremismus-studie-uni-leipzig-auslaenderfeindlichkeit. Zugegriffen: 13 Dezember 2017.

Medienservice Sachen (2017a). Kultusministerium schafft Schlüsselreferat für politische und digitale Bildung, *Medienservice.sachsen.de*. https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/208327. Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

Medienservice Sachsen (2017b). Kurth beruft Expertengremium für politische Bildung. *Bildung.Sachsen.de*. https://www.bildung.sachsen.de/blog/index.php/2017/01/18/kurth-beruft-expertengremium-fuer-politische-bildung/. Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

Danny Michelsen, Marika Przybilla Voß, Martin Lühmann, Franz Walter (2017). Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland – Ursachen-Hintergründe-regionale Kontextfaktoren, *Göttinger Institut für Demokratiefor-*

schung, http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2017/07/studie-rechtsextremismus-in-ostdeutschland-kurzfassung_offiziell.pdf. Zugegriffen: 13 Dezember 2017.

Oskar Niedermayer (2017). Parteimitglieder nach Bundesländern, in: *bpb.de*. http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern. Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

Sächsische Staatskanzlei (2017). Entwicklungstrend: Geschlechterstruktur, http://www.demografie.sachsen.de/21742.htm#Entwicklungstrend:%20Geschlechterstruktur. Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

Science Files (2017). Befragte erfunden: Bezahlt Bundesbeauftragte Fake-Rechtsextremismusforschung?, in: *Sciencefiles.org*. https://sciencefiles.org/2017/05/19/befragte-erfunden-bezahlt-bundesbeauftragte-fake-rechtsextremismusforschung/. Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

SZ Online (2015). Weniger Schulabbrecher in Sachsen, SZ-Online.de. http://www.sz-online.de/sachsen/weniger-schulabbrecher-in-sachsen-3028499.html. Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

Klaus Schroeder (2007). Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft? Deutschlandfunkkultur.de. http://www.deutschlandfunkkultur.de/rechtsextremismus-in-der-mitte-der-gesellschaft.1005.de.html?dram:article_id=158155 Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

Franz Walter (2010). Vom Milieu zum Parteienstaat. Lebenswelten, Leitfiguren und Politik im historischen Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Franz Walter (2015). Modellstadt der SPD: Die Tragödie von Freital. Spiegel.de. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/freital-vom-spd-modell-zur-protest-hochburg-a-1040775.html. Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

Die Zeit (2017). Studie der Bundesregierung: Ostdeutschland ist anfälliger für Rechtsextremismus, Zeit.de. http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-05/studie-ostdeutschland-rechtsextremismus-ddr-dresden. Zugegriffen: 13. Dezember 2017.

POPULISMUS IN OSTMITTELEUROPA UND DER VERZICHT AUF POLITIK

PETRA GUASTI UND LENKA BUŠTÍKOVÁ

Populismus artikuliert vernachlässigte Unzufriedenheit durch die Herstellung einer antagonistischen Beziehung zwischen "der Elite" und "den Menschen" (Canovan 1984, 1999). Die populistische Politik verlässt sich dabei nicht nur auf das Versagen des bestehenden politischen Prozesses. Populisten liefern sowohl die Diagnose (die alten Eliten sind korrupt, ineffizient oder beides) als auch die Kur (Nativismus, technokratische Effizienz).

Der Ursprung des gegenwärtigen Populismus in Ostmitteleuropa ist tief in der kommunistischen Ära verwurzelt. Während des Kommunismus wurde der Populismus des "gewöhnlichen Menschen" benutzt, um das bürgerschaftliche Engagement zu demobilisieren und eine Politik der ethischen Verantwortlichkeit zu verhindern. Unsere Analyse (Bustikova, Guasti 2017, 2018) zeigt, dass diese Art von Populismus weiterhin als Methode zur Demobilisierung des bürgerschaftlichen Engagements und zur Verdrängung einer Politik der ethischen Rechenschaftspflicht verwendet wird. Die populistische Politik versucht, das politische Gemeinwesen nach ihrer technokratischen Vision neu zu gestalten.

Mögliche Ursachen des Populismus: Wirtschafts- und Flüchtlingskrise

Rückblickend auf die letzten zwei Jahrzehnte ist es verlockend, den Aufstieg des Populismus in Ostmitteleuropa mit der globalen Wirtschaftskrise zu verbinden. Kriesi und Pappas argumentieren, dass die Wirtschaftskrise populistische Alternativen zum Status quo hervorgebracht hat, die in etwa dem Ausmaß der Auswirkungen der Krise entsprechen (Kriesi, Pappas 2015). In Ungarn, einem Land mit dramatischen wirtschaftlichen Einbrüchen, stieg der Populismus deutlich an. Wo die Krise nicht so tiefgreifend war - wie in der Tschechischen Republik, Polen und der Slowakei - war der Populismus sehr begrenzt, argumentieren Kriesi und Pappas. Dies war bis vor einigen Jahren tatsächlich der Fall. Der Aufstieg der PiS in Polen (2015), unbeeinflusst von der Krise, und der Erdrutschsieg von ANO in Tschechien (2013, 2017), dem Land mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in Europa, zeigen jedoch, dass Populismus unter guten wirtschaftlichen Bedingungen gedeihen kann. Die Wirtschaftskrise hat sicherlich den Populismus in den V4 angeheizt, erscheint aber weder als notwendige noch als hinreichende Bedingung dafür.

Die Flüchtlingskrise verstärkte die Auseinandersetzung über Souveränitätsfragen und polarisierte die Wählerschaft aller V4-Länder. Angetrieben von populistischer Rhetorik und unausgewogener Medienberichterstattung, lehnt die

öffentliche Meinung in allen V4-Ländern die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen entschieden ab. Populisten werfen den Regierungen vor, von der EU korrumpiert zu werden und nicht in der Lage zu sein, nationale Interessen zu verteidigen. Populistische Politiker versprechen, dies zu ändern und als populistische Vertreter des Volkes effektiv gegen "Brüssel" und die Gefahren des Multikulturalismus vorzugehen.

Die Wahlen 2015 in Polen haben die Stärke der Flüchtlingsfrage als Wahlgut für die Mainstream-Parteien gezeigt. Die PiS nutzte die öffentliche Wut über die aus der Regierung scheidende Bürgerplattform, die für die Flüchtlingsquoten gestimmt hatte, um Mitte-Rechts-Wähler zu gewinnen. Im Jahr 2016 ist jedoch in der Slowakei Robert Fico und sein SMER mit dem Versuch, die Rechten in der Flüchtlingsfrage zu überbieten, gescheitert und schwächte seine dominante Position. In den tschechischen Parlamentswahlen 2017 spielte die Flüchtlingskrise eher eine marginale Rolle. Im Gegensatz dazu dominierte die Flüchtlingsfrage die ungarischen Parlamentswahlen 2018: Viktor Orban ist es gelungen, mit seiner Rhetorik gegen Flüchtlinge, George Soros und Brüssel (und mit Hilfe einer Wahlreform) eine absolute Mehrheit zu erzielen. Die Flüchtlingskrise hat sicherlich den Populismus in den V4 wesentlich verstärkt, erscheint aber nicht als hinreichende Bedingung dafür.

Schlussfolgerungen

Wir sehen die populistische Politik für den "gewöhnlichen Menschen" nicht als ein einzigartig osteuropäisches Phänomen, sondern neben nativistischen und ökonomischen Formen generell als den dritten großen Bereich des Populismus. Die Tatsache, dass die ostmitteleuropäischen Populisten nicht die Armen emanzipieren, sondern die gewöhnlichen Menschen verherrlichen wollen, ist auf bestehende strukturelle Determinanten zurückzuführen. Mit Ausnahme von Ungarn sind die V4-Länder wirtschaftlich stabil, und das Mobilisierungspotential der Links-Rechts-Spaltung ist ausgeschöpft. Wenn Populisten an der Macht sind, ist mit Ausnahme von Ungarn das Mobilisationspotenzial der Flüchtlingsfrage beschränkt. Der Reiz der populistischen Politik besteht jedoch nicht darin, dass sie den einfachen Menschen die Macht zurückgibt. Stattdessen bieten Populisten eine technokratische Vision von Politik an, die die Menschen von der Verantwortung befreit, ein aktives bürgerschaftliches Leben zu führen und Politiker zu hohen ethischen Standards zu zwingen. Populistische Technokraten fordern Wähler auf, auf Politik zu

verzichten.

Policyimplikationen

Die Analyse des Aufstiegs des Populismus in Ostmitteleuropa zeigt, dass weder wirtschaftliche Stabilität noch der erfolgreiche Kampf gegen Korruption als hinreichende Bedingungen im Kampf gegen den Populismus ausreichen.

Die populistische Rhetorik lockert die Einschränkungen für die gewählten Vertreter, indem sie die liberale Zivilgesellschaft diskreditiert. Um die offene Gesellschaft zu bewahren, sollten Demokraten die Vision des demokratischen Pluralismus verteidigen. Freie Presse und aktive Bürgerschaft sind der Schlüssel zur Erhaltung der liberalen Ordnung.

Literatur

Lenka Bustikova, Petra Guasti (2017). The Illiberal Turn or Swerve in Central Europe?.in: *Politics and Governance*, Bd. 5.4, S. 166-176.

Lenka Bustikova, Petra Guasti (2018). The State as a Firm: Understanding the Autocratic Roots of Technocratic Populism, East European Politics and Societies (im Erscheinen).

Margeret Canovan (1984). People', Politicians and Populism, in: Government and Opposition, Bd. 19, S. 312-327.

Margeret Canovan (1999). Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy, in: Political Studies, Bd. 47.1, 2-16.

Hanspeter Kriesi, Takis S. Pappas (Hg.) (2015). *European populism in the shadow of the great recession*, Colchester.

ÜBER DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Arthur Benz ist Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt und Leiter des Arbeitsbereichs Politisches System der BRD und Vergleich politischer Systeme. Nach seinem abgeschlossenen Studium der Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz wurde er bis 1984 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Raumplanung an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster und promovierte 1983 an der Universität Duisburg. Nach Forschungstätigkeiten an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln sowie Professuren an den Universitäten Konstanz, Halle-Wittenberg und Hagen nahm Arthur Benz 2010 einen Ruf an die Technische Universität Darmstadt an. Arthur Benz war 2003–2006 stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Zwischen 2003 und 2004 wirkte er als Sachverständiger in der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung mit. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Politik in Mehrebenensystemen, vergleichende Föderalismusforschung, sowie der Wandel des Staates.

Lenka Buštíková ist Assistant Professor an der School of Politics and Global Studies, Arizona State University. Sie wuchs in Prag und promovierte im Anschluss an Masterstudiengänge an der Charles University, der Central European University sowie der Harvard University an der Duke University. Ihre Forschung beschäftigt sich mit Parteienpolitik, Wählerverhalten, Klientelismus und Staatskapazitäten mit einem besonderem Fokus auf Osteuropa. Sie erhielt von der American Polical Science Association 2015 den Best Article Prize in dem Bereich European Politics and Society für ihren Artikel "Revenge of the Radical Right" sowie den Best Paper Prize 2017 in dem Bereich Comparative Democratization für ihr gemeinsam mit Cristina Corduneanu-Huci verfasstes Paper "Patronage, Trust and State Capacity: The Historical Trajectories of Clientelism".

Michael Edinger hat im Laufe seines beruflichen Werdegangs unterschiedliche Perspektiven an der Nahtstelle von Wissenschaft und Politik kennengelernt. In seiner aktuellen Funktion im Thüringer Wissenschaftsministerium ist er unter anderem mit der Hochschulentwicklung und -betreuung betraut. Ehrenamtlich bietet er Lehrveranstaltungen etwa zum Parlamentarismus und zur politischen Repräsentation an. Neben Fragen des Wissenschaftsmanagements und der

Hochschulpolitik beschäftigen ihn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Generierung und Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in Zeiten „alternativer Fakten".

Petra Guasti forscht an der Goethe-Universität Frankfurt im Rahmen des DFG -Projekts „(New) Political Representative Claims: A Global View". Im akademischen Jahr 2018/19 ist sie Democracy Visiting Fellow an der Harvard Kennedy School. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die wachsende Spannung innerhalb des Systems der repräsentativen Demokratie in Bezug auf neue Akteure und deren Legitimitätsansprüche. Zu Ihren Publikationen zählen Artikel in Democratization, Communist and Post-Communist Studies, European Political Science. Ihr Beitrag basiert auf zwei Artikeln, die sie gemeinsam mit Prof. Dr. Lenka Bustikova (Arizona State University) geschrieben hat: „The Illiberal Turn or Swerve in Central Europe?" (Politics and Governance 2017, 5(4)) und „State as a Firm", East European Politics and Societies (im Erscheinen).

Dirk Jörke studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Philosophie an den Universitäten Kiel und Hamburg und promovierte 2002 an der Universität Greifswald. Er habilitierte sich 2009 an der Universität Greifswald mit der Habilitationsschrift „Kritik demokratischer Praxis: Eine ideengeschichtliche Studie". 2010 erhielt er ein Heisenberg-Stipendium der DFG. Von 2010 bis 2011 hatte er eine Vertretungsprofessur an der Universität Hamburg, anschließend war er von 2011 bis 2012 Visiting Scholar am History Department der Harvard University bevor er 2012-13 eine Professur an der Universität Greifswald vertrat. Seit 2014 ist Dirk Jörke Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt.

Joachim Klose ist in Eberswalde aufgewachsen. Nach der Ausbildung zum Heizungsmonteur, Wehrdienstverweigerung und Berufstätigkeit, studierte er Theologie (Fernstudium) und Kernphysik (TU Dresden). Er leitete als Pfarrgemeinderatsvorsitzender die Katholische Studentengemeinde. Nach einem starken politischen Engagement während der Friedlichen Revolution studierte Joachim Klose von 1990-1996 Philosophie und Wissenschaftstheorie an der LMU in München und der Harvard University und promovierte zu einem natur-

philosophischen Thema. Anschließend leistete er Pionierarbeit beim Aufbau der Katholischen Akademie in Berlin und als Gründungsdirektor der Katholischen Akademie des Bistums Dresden-Meißen. Seit 2007 ist er Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für den Freistaat Sachsen. In dieser Tätigkeit und über verschiedene ehrenamtliche Tätigkeiten bringt er sich aktiv in den Demokratisierungsprozess in Sachsen ein.

Claudia Landwehr ist Universitätsprofessorin für Politik und Wirtschaft am politikwissenschaftlichen Institut der Universität Mainz. Zuvor leitete sie als Schumpeter Fellow eine Nachwuchsgruppe am Institut für Politikwissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt. Von 2004-2007 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hamburg und der Goethe-Universität. Sie war Visiting Scholar an der Research School of Social Sciences der Australian National University (2007) und im Programm Ethics and Health der Harvard University. Zu ihren Veröffentlichungen zählen die Monographie Political Conflict and Political Preferences (2009, Colchester: ECPR Press) sowie zahlreiche Aufsätze unter anderem in Public Administration, The Journal of Political Philosophy und dem European Political Science Review.

Nils D. Steiner ist seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Bereich Vergleichende Politikwissenschaft Sein Forschungsprofil umfasst die vergleichende Wahl- und Einstellungsforschung, vergleichende Parteienforschung, Politische Ökonomie (insbesondere Globalisierungsprozesse und deren Auswirkungen), Demokratiemessung sowie Methoden der empirischen Sozialforschung. Seine Diplomarbeit von 2009 trägt den Titel „Globalisierung und Wahlbeteiligung: Führt wirtschaftliche Integration zu einem Absinken der Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen?“. Er promovierte 2015 mit einer Dissertation unter dem Titel „Essays on Globalization and Democracy“.

Rhein-Main Universitäten
Eine strategische Allianz

ISSN: 2626-9597

Gefördert von
STIFTUNG MERCATOR

SCIENCE POLICY PAPER 2018

01